

Der Mauerbau und die Universitäten der DDR

Anita Krätzner-Ebert
Berlin

Die Schriftstellerin Brigitte Reimann beschreibt in ihren Tagebüchern ihre Eindrücke von der Zeit nach dem Mauerbau. Sie beklagt die Hetzkampagnen in den Zeitungen, die Zwangsumsiedlungen, die „Ochsenkopf-Aktion“ und die repressiven Maßnahmen, die mit dem „Kampfauftrag der FDJ“ einhergingen:

„Überall ist man nervös und unzufrieden. Die Sprache der Zeitungen ist ekel-erregend (sie gibt sich aber als ‚die harte Sprache der Arbeiterklasse‘ aus); Leute, die an der Grenze wohnen, werden exmittiert; Antennen, die noch nach Westen gerichtet sind, werden von den Dächern gerissen und zertrampelt; Studenten, die das FDJ-Aufgebot nicht unterschreiben, werden geexert [...]. Es ist, um den Kopf zu verlieren und wir sind verbittert und unglücklich. Das ist nicht der Sozialismus, für den wir schreiben wollten“ (Reimann 2004: 213).

Dieser Eintrag ist Zeugnis der resignierten und verbitterten Stimmung im eingemauerten Staat, die nicht nur unter den Schriftstellern herrschte, sondern, wie sie andeutet, auch an den Universitäten.

Mauerbau und Universitäten als Forschungsproblem

Der Mauerbau stellt in der Geschichte der DDR ein kaum vergleichbares Ereignis dar – vor allem bezogen auf die Gesellschaft im SED-Staat. Die Teilung Deutschlands bestand zwar schon länger, aber trotz allem gab es bis dahin immer noch rege Beziehungen zwischen den Menschen in beiden deutschen Ländern, die nun jäh unterbrochen schienen. Die DDR-Forschung hat sich zwar mit den außen- und innenpolitischen Ursachen des Mauerbaus ausführlich beschäftigt, hat auch die Trennung über die Jahre beobachtet, aber der Detailblick auf die Zeit unmittelbar nach dem Mauerbau ist selten. Nur wenige Veröffentlichungen widmen sich den unmittelbaren Reaktionen der DDR-Bevölkerung jenseits spontaner Fluchten (Major 1999; ders. 2011: 129f.); insbesondere fehlen Studien zur Bevölkerung außerhalb Berlins.

Auch die Universitätsgeschichtsschreibung zur SBZ/DDR hat andere Schwerpunkte gesetzt. Die meisten Betrachtungen brechen im Jahr 1961 ab;¹ die Jubiläumsbände aus Leipzig, Jena und Berlin gehen darüber hinaus, können jedoch nur Schlaglichter werfen.² Wie aber haben die Angehörigen der Universitäten nach dem Mauerbau auf die veränderte Situation und auf die staatlichen Programme, die damit in Verbindung standen, reagiert, und welche Folgen hatte das für die Instanzen von Staat und Partei, für die Universitäten und deren Angehörige?

Um diese Fragen zu beantworten, eignet sich – auch vor dem Hintergrund der Überlieferungssituation – der Ansatz, einen kurzen Zeitraum auszuwählen und diesen universitätenvergleichend darzustellen, besonders gut:³

■ Die Anzahl der einzubeziehenden Hochschulen ist vergleichsweise überschaubar: 1961 gab es in der DDR die Humboldt-Universität Berlin, die Karl-Marx-Universität Leipzig, die Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, die Friedrich-Schiller-Universität Jena, die Universität Rostock, daneben die Technische Universität Dresden, die erst im Oktober 1961 von einer Technischen Hochschule in eine Universität umbenannt wurde. Letztere bildete aufgrund ihrer technischen Ausrichtung einen Kontrast zu den Traditionsuniversitäten mit ihren klassischen Fakultäten.

■ Die Bestände des SED-Zentralkomitees (ZK), Abteilung Wissenschaften, des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen und des Zentralrats der FDJ im Bundesarchiv lassen sich zur Auswertung der Vorgaben und der unmittelbaren Maßnahmen nach den Grenzschließungen nutzen.

■ Die Überlieferungen in den Universitätsarchiven und die SED-Akten in den Staatsarchiven liefern das Material für die Auswertung der Reaktionen auf den Mauerbau an den Universitäten. Durch ein dichtes Berichtssystem der SED und der universitären Einrichtungen wurden vielfältigste Äußerungen festgehalten und auch mögliche Gegenmaßnahmen dokumentiert. Zugleich können die Akten des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) hinzugezogen werden. Einzig die personenbezogenen Unterlagen der Universitätsarchive – also die Matrikeln, Studenten- und Personalakten noch

¹ vgl. z.B. Malycha (2003); Gerstengarbe/Hennig (2009); Schuster (1999); Ernst (1997)

² Hehl et al. (2010); Hoßfeld (2007); Preuß (2007); Tenorth (2012)

³ Der Beitrag fußt auf meiner Dissertationsschrift, vgl. Krätzner (2014).

lebender Universitätsangehöriger – dürfen aus Datenschutzgründen nicht eingesehen werden.

■ Interviews mit zahlreichen Zeitzeugen haben die Quellengrundlage häufig dort ergänzt, wo die Überlieferung keinen Einblick in Ereignisse und Abläufe gab.

Durch diese Detailstudie konnte ein Bild von der Reaktion und Gegenreaktion der Universitätsangehörigen erarbeitet werden; dazu wurde eine Vergleichssystematik entwickelt. In diesem Zusammenhang wurden auch die Überlieferungslücken geklärt.

Politische Situation nach dem Mauerbau

Vor dem 13. August 1961 verließen viele gut ausgebildete Menschen aus politischen, wirtschaftlichen oder familiären Gründen die DDR. Universitätsangehörige bildeten davon eine nicht unerhebliche Gruppe. Vom Januar bis August 1961 z.B. flohen 215.000 Menschen in den Westen; davon 2.500 Studenten. Allein vom 1. Juli bis zum 12. August 1961 verließen 341 Universitätsmitarbeiter den SED-Staat. (Krätznert 2014: 30)

Die SED hatte trotz ihres „Sturms auf die Festung Wissenschaft“ noch nicht in allen Bereichen der Universitäten Fuß fassen können. In einigen Instituten und Fakultäten (z.B. in den klassischen Philologien oder in einigen Naturwissenschaften) hatten sich bis 1961 gar keine Parteigruppen gebildet; der Einfluss bestimmter bildungsbürgerlichen Professoren war in dieser Zeit noch recht hoch. Traditionelle Gremien (Fakultätsräte und Senate) wurden zwar durch die Senatsreformen von 1954 auch mit Parteikadern durchsetzt, die nach der Zweiten Hochschulreform auch Schlüsselpositionen, wie die Prorektorate für Gesellschaftswissenschaften und Studentenangelegenheiten einnahmen, letztendlich konnte aber die SED die universitären Strukturen nicht vollständig durchziehen.

Zeitgleich mit den Grenzsicherungen am 13. August setzte die SED umfangreiche Programme in Gang. Eines der wichtigsten Anliegen war die Durchsetzung des sogenannten „Kampfauftrags der FDJ“, der nicht zuletzt der Abwendung eines angeblich drohenden Krieges dienen sollte. Dieser Kampfauftrag bedeutete vor allem, dass sich alle Männer zwischen 18 und 23 Jahren zum Dienst an der Waffe verpflichten sollten. Davon waren die Studenten im besonderen Maße betroffen. Sie erkannten, dass dies der Beginn einer schleichenden Einführung der Wehrpflicht war, die dann im Schutze der Mauer am 24. Januar 1962 auch beschlossen wurde.

In der Bundesrepublik existierte die Wehrpflicht bereits seit 1956. Bis zur endgültigen Grenzschießung verzichtete die DDR auf deren Einführung, da sonst noch mehr Menschen das Land verlassen hätten. Von den Studentinnen wurde ein gleichwertiges Bekenntnis zum Staat abverlangt, sie sollten sich für eine Rotkreuz- oder Luftschutzausbildung verpflichten. Verbunden war der „Kampfauftrag der FDJ“ mit der sogenannten „Ochsenkopffaktion“, einer Aktion gegen den Empfang westlicher Sender. Im Herbst 1961 stiegen FDJ-Ordnungsgruppen auf die Dächer fremder Häuser, sägten nach Westen ausgerichtete Antennen ab und klebten den Betroffenen „Ochsenköpfe“ an die Türen (Ohse 2003: 31; Göbel 2011: 67).

Zudem setzte die SED eine Legitimierungskampagne in Gang. Wissenschaftler – und im Besonderen Dekane, Senatsmitglieder, Parteifunktionäre und Institutsleiter – waren gehalten, in Form von Zustimmungserklärungen positiv zum Mauerbau Stellung zu beziehen. Gleichzeitig sollten sie die sogenannte „Störfreimachung“ unterstützen – ein Programm, das die SED zu Beginn des Jahres 1961 beschlossen hatte, um sich von Importen aus dem Westen und speziell der Bundesrepublik unabhängig zu machen.

Auf Lehrbücher, Chemikalien, Apparaturen und Medikamente aus dem Westen sollten die Universitätsangehörigen nun verzichten oder nach Ersatz in den sozialistischen Ländern oder der DDR suchen – 1961 ein schier unlösbares Unterfangen. Zugleich sollten die Wissenschaftler nicht mehr auf westliche Tagungen fahren können, so dass der deutsch-deutsche Austausch in der Wissenschaft, der bisher rege bestanden hatte, unterbrochen wurde.

Am 17. September 1961 fanden in der DDR Kommunalwahlen statt. Die Parteiführung verlangte nicht nur in den Legitimierungskampagnen eine Unterstützung der Wahl; alle Universitätsangehörigen waren verpflichtet, auch wirklich an der Wahl teilzunehmen, die weder frei, geheim oder gleich war. Von den Wissenschaftlern verlangten die Universitätsleitungen zudem eine Zustimmung zur Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche in der Sowjetunion.

Die SED und das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen trieben die Funktionäre und Universitätsleitungen zu besonders hartem Vorgehen gegen sogenannte „Provokateure“ an, also gegen alle, die sich negativ zum Mauerbau, den Wahlen, zur Ochsenkopffaktion oder zum „Kampfauftrag“ äußerten sowie gegen die christlich gebunden Jugendlichen. Walter Ulbrichts äußerte vor dem Politbüro:

„Wir müssen sie herauslocken und feststellen, wo der Gegner sitzt. Ihr wißt das noch nicht. Die „Junge Gemeinde“ in Berlin gehört zu den ärgsten konter-

revolutionären Kräften. Heute beginnt gegen eine ihrer Gruppen ein Prozess in Berlin.⁴ Die ‚Junge Gemeinde‘ ist schlimmer als die jungen Sozialdemokraten. Sie arbeiten in den Häusern der Kirche. Von ihnen geht West-CDU-Propaganda aus. Sie sind Anhänger der NATO und des Klerikalismus. Sozialdemokratische Funktionäre sind oft feige, aber die von der ‚Jungen Gemeinde‘ sind fanatisch. Sie sterben für Gott und Adenauer und sind bereit, Verbrechen zu begehen.“⁵

Aus allen Vorgaben des ZK, Abteilung Wissenschaften und des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen wird deutlich, dass eine konsequente Verfolgung und Bestrafung Andersdenkender ausdrücklich gefordert wurde.

Die Reaktionen der Universitätsangehörigen

Die Reaktionen an den Universitäten zeigen, dass das Gros ihrer Angehörigen mit dem Mauerbau und den folgenden Maßnahmen nicht einverstanden war, da allen Beteiligten bewusst war, dass die Grenzschießungen ausschließlich zur Eindämmung der Republikflucht in Kraft gesetzt wurden. In jeder Gruppe – Funktionsträger, Wissenschaftler, Studenten – formierten sich Gegner. Das lag vor allem an den initiierten Zustimmungskampagnen, die oftmals Ablehnung provozierten und somit eher das Gegenteil ihrer intendierten Wirkung erreichten.

Es entstanden lange nicht so viele Zustimmungserklärungen, wie sie die SED gewünscht hatte. So versagten beispielsweise alle Dekane der Theologischen Fakultäten (außer in Berlin) ihre Unterschriften zu den Senatserklärungen. Passive Verweigerung war das häufigste Mittel, um den Unmut gegenüber der restriktiven Politik im Jahr 1961 auszudrücken. Viele Studenten unterzeichneten zunächst den „Kampfauftrag der FDJ“ nicht, ein Großteil der Wissenschaftler verfasste keine Zustimmungserklärungen, obwohl dies von ihnen verlangt wurde.

Viele jedoch resignierten oder fügten sich aus Angst vor den teilweise angedrohten Konsequenzen den Forderungen der SED. Nur wenige Personen unterstützen voll und ganz die Vorgaben und waren mit allen Beschlüssen einverstanden – das betraf vor allem Funktionsträger. Einige wenige Universitätsangehörige übten offenen Protest (dazu zählt zum Beispiel das Verlesen von Protestresolutionen), fertigten Flugblätter, traten in der Öffentlichkeit, bei Versammlungen oder Vorlesungen offen gegen den Mauerbau und die Maßnahmen auf, schrieben Parolen an Wände

⁴ Hier ist eine Gruppe Jugendlicher aus Strausberg gemeint, zu der auch Michael Garten-schläger gehörte. (Vgl. Klier 2009: 20ff.; Münkel 2011: 226ff.)

⁵ Rede Walter Ulbrichts vor dem Politbüro am 22. August 1961. BArch, DY 24/358, unpag.

oder Wandzeitungen oder verbrannten z.B., wie in Rostock geschehen, symbolisch den „Kampfauftrag der FDJ“.

Blankes Unverständnis herrschte unter den Wissenschaftlern hinsichtlich der „Störfreimachung“ und der Trennung der deutsch-deutschen Wissenschaftsbeziehungen. Das lag vor allem daran, dass die Forschung in der DDR in vielerlei Hinsicht von der Bundesrepublik abhängig war oder langjährige Forschungsverbindungen zerschnitten werden sollten. Eine dauerhafte Abspaltung vom Westen erschien in diesem Bereich schlicht unmöglich.

Das sah auch die SED-Führung ein – bereit 1963 wurde das Programm der sogenannten „Störfreimachung“ aufgegeben. Doch auch danach blieb der wissenschaftliche Austausch über die Grenze hinweg schwierig. Die Führungskader misstrauten ihren Wissenschaftlern und die Teilnahme an westlichen Tagungen sollte lediglich systemloyalen Kräften ermöglicht werden.

Studenten, die sich gegen den „Kampfauftrag der FDJ“, gegen den Mauerbau und die damit einhergehenden staatlichen Maßnahmen oder die Militarisierung wandten, kamen aus allen Studienfächern. Wenig überraschend ist, dass es in den „ideologienahen“ Fächern wie Geschichte, Philosophie, Jura oder Wirtschaftswissenschaften deutlich weniger systemkritische Studenten gab. Als besonders renitent erwiesen sich vor allem die Studierenden der Theologie, der Medizin und der Physik. Die Renitenz speiste sich vornehmlich aus weltanschaulichen und ethischen Vorbehalten gegenüber dem Wehrdienst, aber auch dem Sozialismus gegenüber. Zum anderen fanden sich eben in diesen Fächern viele sogenannte „bürgerliche“ Professoren, die entsprechend auf ihre Studenten wirken konnten.

Die Verbreitung von Ablehnung und Zustimmung zur Politik der SED nach dem Mauerbau war an allen Universitäten ähnlich. Es lässt sich weder eine Universität eruieren, die als besonders renitent gelten kann, noch eine, die besonders „zuverlässig“ im Sinne der SED war. Das widerspricht im Übrigen sehr stark dem Selbstbild der ehemaligen Universitätsangehörigen in Interviews und auch den bisherigen Feststellungen in der Forschung, was sich vor allem durch den fehlenden Vergleich mit den anderen Universitätstandorten begründen lässt.⁶

⁶ vgl. z.B. die Ausführungen von: von Hehl et al. (2010); Hofffeld (2007); Gerstengarbe/Hennig (2009)

Die Repressionsmaßnahmen

Unterschiede zwischen den Universitäten lassen sich hingegen sehr deutlich hinsichtlich der Steuerungspolitik der jeweiligen Universitätsleitungen feststellen. Zum Teil drohten sie offen den widerspenstigen Studenten und Wissenschaftlern mit repressiven Maßnahmen – vor allem, um Unterschriften zu erzwingen. Zudem statuierten sie einige Exempel, exmatrikulierten Studenten, entließen Wissenschaftler oder schlossen sie aus der Partei aus, um ein Klima der Angst zu verbreiten.⁷ Zugleich werden Unterschiede zwischen den Universitäten deutlich: Die Anzahl der repressiven Maßnahmen ist nicht allein durch die unterschiedlichen Hochschulgrößen erklärbar.

Tabelle 1: Disziplinarverfahren, Ausschlüsse und Verhaftungen von Studenten vom 13.8.1961 bis zum 28.1.1962

Universität	Studierendenzahl	Disziplinarverfahren	Ausschlüsse*	Verhaftungen
HU Berlin	10489	>20	>20	18
TH/TU Dresden	10281	>8	5	2
EMAU Greifswald	2877	≥15	≥15	11
MLU Halle	4608	>10	7	?
FSU Jena	4232	≥45	≥45	4
KMU Leipzig	9629	149	111	18
U Rostock	3864	29	28	1

* Exmatrikulationen und zeitweilige Ausschlüsse

Studenten wurden in der Regel härter bestraft als Wissenschaftler. Das lag vor allem daran, dass die Universitäten auf ihr wissenschaftliches Personal angewiesen waren – hatten sie doch in den Jahren und Monaten vor dem Mauerbau sehr viele durch Abwanderung verloren.

Exmatrikulationen waren die häufigsten Sanktionen für Verweigerung und ablehnendes Verhalten. Ob es jedoch reihenweise zu Disziplinarverfahren kam oder nicht, lag vor allem am zuständigen Leitungspersonal der jeweiligen Universitäten oder der SED-Bezirksleitungen. Auch das politische Klima an den Universitäten, zum Beispiel der Einfluss bestimm-

⁷ Die folgenden Zahlen beruhen auf der Auswertung des Statistischen Jahrbuchs der DDR von 1961 und 1962 und aller Archivalien, die aber ohne die vollständige Auswertung der Matrikeln, der Studenten- und Personalakten nur einen vorläufigen Stand abbilden (vgl. Krätzner 2014: 248ff.).

Tabelle 2: Disziplinarmaßnahmen gegen Wissenschaftler vom 13.8.1961 bis zum 28.1.1962

Universität	Entlassungen	vorzeitige Emeritierung
HU Berlin	–	–
TH/TU Dresden	7	–
EMAU Greifswald	2	–
MLU Halle	–	1
FSU Jena	3	1
KMU Leipzig	1	1
U Rostock	1	–

ter Wissenschaftler, war entscheidend, ob repressive Maßnahmen so umgesetzt wurden, wie es die ZK, Abteilung Wissenschaften, oder das Staatssekretariat verlangt hatten.

Deutlich erkennbar ist, dass die Universitäts- und Parteileitungen vor Ort selbst überrascht vom Mauerbau und den einsetzenden Kampagnen waren und die Situation einfach nicht unter Kontrolle bekamen, selbst wenn sie – wie in Leipzig geschehen – über 100 Studenten exmatrikulierten. Die Stimmung ließ sich nicht beeinflussen und die Universitätsangehörigen äußerten weiterhin ihren Unmut.

Die ZK, Abteilung Wissenschaften, und die Bezirksleitungen der SED reagierten auch darauf uneinheitlich, aber die Schuld wurde häufig den unteren Ebenen zugewiesen. Gleiches Verhalten der Universitätsparteilösungen hatte wiederum völlig unterschiedliche Auswirkungen. Einige Parteisekretäre suchten die Schuld bei bestimmten Grundorganisationen ihrer Partei, strukturierten diese um und verteilten Aufgabenbereiche neu. An drei der sieben Universitäten wurden im Zuge der Auseinandersetzungen die 1. Sekretäre der Universitätsparteilösungen abgelöst; in den unteren Ebenen waren es deutlich mehr: Es hagelte unter dem Vorwurf des „Sektierertums“ oder der „Kumpelei“ Parteistrafen.

Insgesamt aber bleibt auch hier – wie bei den Disziplinarmaßnahmen gegen die Studenten und Wissenschaftler – ein Eindruck reiner Willkür. Das heißt, absolut identisches Verhalten konnte im einen Fall zu Belobigungen, im anderen zur Ablösung aus der Funktion führen – Kritik- und Selbstkritikverfahren natürlich eingeschlossen.

Einige Universitätsangehörige wurden vom „Schild und Schwert der Partei“ – der Staatssicherheit – verhaftet und vor allem nach § 19 des Strafrechtsergänzungsgesetzes der DDR wegen „staatsgefährdender Propaganda und Hetze“ zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Auch hier lässt sich eine gewisse Willkür erkennen: Als an der Universität Rostock

offener Protest geübt wurde – der „Kampfauftrag der FDJ“ wurde von einer Studentengruppe verbrannt –, schaltete sich die Staatssicherheit nicht ein, obwohl sie von diesem Vorfall Kenntnis hatte. Hingegen nahm das MfS gelegentlich kleinere Formen des abweichenden Verhaltens zum Anlass für Verhaftungen, etwa als ein Student aus Dresden sich in einem persönlichen Brief an seine Schwester abfällig über den „Kampfauftrag“ äußerte.

Waren die Anlässe zur Verhaftung auch verschieden, so folgte die Argumentation zur Rechtfertigung der Verfolgung einem ähnlichem Muster. Dies ist in unmittelbarem Bezug zu den politischen Vorgaben zu sehen. Allen gerichtlich Angeklagten wurde vorgeworfen, dass sie – vor allem durch westlichen Medienkonsum beeinflusst – konterrevolutionäre Aktionen geplant hätten. An solchen Aktionen hätte insbesondere die vorgeblich in den westlichen Regierungen vertretenen Faschisten ein besonderes Interesse, da diese einen Krieg gegen die DDR provozieren wollten.⁸

Dieses Argumentationsmuster diente vor allem der Selbstlegitimierung der DDR-Führung. Durch die verurteilten Menschen schien nun bewiesen, dass die Bundesrepublik Kriegsabsichten hatte und deswegen die Mauer gebaut werden musste. Gleichzeitig erschien die „Ochsenkopffaktion“ als begründet, da die Westmedien die Bürger in der DDR zu konterrevolutionären Aktionen angestiftet hätten. In einigen Fällen versuchte die Staatssicherheit, aber teilweise auch schon die SED-Parteileitung, die Verhafteten selbst als Faschisten zu brandmarken, um deren Ausschaltung begründen zu können.

Fazit

Wie sind die Ergebnisse in die Universitätsgeschichtsschreibung einzuordnen? Trotz stalinistischem Terror, der Umgestaltung der Hochschulen, der Gegenprivilegierung nichtbürgerlicher Bewerber bei der Studienplatzvergabe und diversen Säuberungsaktionen (etwa gegen christliche Studenten) sah sich die SED-Führung nach dem Mauerbau auch an den Universitäten einer Welle von Ablehnung ihrer Politik gegenüber. Zudem fehlten ihr auch kurzfristig die Mittel, kritische Meinungen nachhaltig zu beeinflussen.

Deswegen versuchte die Staatmacht mittels einer nachträglichen Legitimierungskampagne, den Eindruck allgemeiner Zustimmung zu erwe-

⁸ Vgl. z.B. folgende Urteile: Urteil v. 25.02.1962. In: BStU, MfS, BV Dresden, AU 201/61, Bd. 2, Bl. 183–190; Urteil v. 14.11.1961. In: BStU, MfS, BV Rostock, AU 127/61, GA, Bd. 3, Bl. 162–171.

cken. Zugleich erzeugte man durch willkürliche Repressionsmaßnahmen ein Klima der Angst. Die Wirkung blieb nicht aus; viele Universitätsangehörige fügten sich und unterschrieben die gewünschten Stellungnahmen oder den „Kampfauftrag“. Aber die Meinungen der Universitätsangehörigen konnten die Funktionsträger damit nicht ändern. Viele lehnten weiterhin den Mauerbau ab, waren gegen die massive Aufrüstung und den Waffendienst.

Im Alltag schaffte es die SED, die Universitätsangehörigen halbwegs mundtot zu machen; doch bei bestimmten Anlässen konnte der Unmut wieder ausbrechen. Die Universitätsangehörigen waren sich aber auch darüber im Klaren, dass ihnen durch die Grenzschließung in Berlin nun im Konfliktfall nicht länger eine Flucht in den Westen als letzte Option zur Verfügung stand und sie somit der Willkür der SED auf Gedeih und Verderb ausgeliefert waren. Gerade deswegen ist es erstaunlich, wie offen teilweise trotzdem Protest geübt wurde.

Nichtsdestotrotz war die Flucht in den Westen auch unmittelbar nach dem Mauerbau noch die deutlichste Absage an die Politik der SED und nicht wenige wagten den Schritt unter Gefahr für ihr Lebens. 400 Universitätsangehörige der HU Berlin flüchteten von Mitte August bis Ende Dezember 1961 in den Westen, an der Karl-Marx-Universität Leipzig waren es 21 Menschen, darunter zehn Professoren und Dozenten, an der TU Dresden 19 Angehörige, von denen 17 Studenten waren (Krätznert 2014: 248f).

Die Universitäten der DDR waren 1961 ein Unruheherd; die Ablehnung des Mauerbaus, des „Kampfauftrags“ und der Vorgaben war deutlich spürbar. So sehr die SED-Führung auf repressive Maßnahmen zurückgriff, konnte sie dennoch in der zweiten Jahreshälfte 1961 nicht Herr der Lage werden und musste weitverbreitete Ablehnung und gelegentlich auch offene Proteste in Kauf nehmen. Diese fanden nicht zuletzt in der weitgehenden Autonomie einiger Bereiche und Institute einen Rückhalt. Entsprechend wurde sie mit der Dritten Hochschulreform 1968/69 weitestgehend beschnitten. Dabei wurden die Fakultäten und Institute aufgelöst und in Sektionen umgeformt. So ließen sich neue Verantwortliche einsetzen, die als systemloyal bekannt waren, während andere – „bürgerlich“ dominierte – Bereiche an den Rand gedrängt wurden (Lambrecht 2007).

Die Macht der SED-Führung erstreckte sich im Jahr 1961 noch lange nicht in alle Bereiche der Universitäten und konnte sich nur teilweise behaupten. Den Staat einzumauern war ein weiterer Schritt zur Disziplinierung seiner Bürger.

Literatur

- Ammer, Thomas (1994): Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik
- Ernst, Anna-Sabine (1997): „Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus“. Ärzte und medizinische Hochschullehrerschaft in der SBZ/DDR 1945–1961. Münster: Waxmann
- Fritsch, Werner/Werner Nöckel (2006): Vergebliche Hoffnung auf einen politischen Frühling. Opposition und Repression an der Universität Jena 1956–1968. Berlin: Verlag Jena
- Gerstengarbe, Sybille/Horst Hennig (1999): Opposition, Widerstand und Verfolgung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1945–1961. Eine Dokumentation. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag
- Göbel, Ann-Marie (2011): Krisen-PR im „Schatten der Mauer“. Der 13. August 1961 in den DDR-Zentralorganen, in: Anke Fiedler/Michael Meyen (Hg.), Fiktionen für das Volk. DDR-Zeitungen als PR-Instrument. S. 165–193. Berlin: LIT-Verlag
- Handschuck, Martin (2003): Auf dem Weg zur sozialistischen Hochschule. Die Universität Rostock in den Jahren 1945 bis 1955. Bremen: Edition Temmen
- Hehl, Ulrich von/Günter Heydemann/Klaus Fitschen/Fritz König (2010): Geschichte der Universität Leipzig. 1409–2009. Ausgabe in fünf Bänden. Band 3: Das zwanzigste Jahrhundert. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag
- Hoßfeld, Uwe/Tobias Kaiser/Heinz Mestrup (Hg.) (2007): Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945–1990). 2 Bände. Köln: Böhlau Verlag
- Jessen, Ralph (1999): Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht
- Klier, Freya (2009): Michael Gartenschläger. Kampf gegen Mauer und Stacheldraht. Berlin: Bürgerbüro e.V.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha (2003): Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945–1961. Berlin: Christoph Links Verlag
- Krätzner, Anita (2014): Die Universitäten der DDR und der Mauerbau 1961. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag
- Krönig, Waldemar/Klaus-Dieter Müller (1994): Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ/DDR 1945–1961. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik
- Lambrecht, Wolfgang (2007): Wissenschaftspolitik zwischen Ideologie und Pragmatismus. Die III. Hochschulreform (1965–1971) am Beispiel der TH Karl-Marx-Stadt. Münster: Waxmann
- Major, Patrick (2011): Behind the Berlin Wall. East Germany and the Frontiers of Power. Oxford: Oxford University Press
- Major, Patrick (1999): Vor und nach dem 13. August 1961. Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Bau der Berliner Mauer, in: Archiv für Sozialgeschichte, Vol. 39, S. 325–354
- Malycha, Andreas (Hg.) (2003): Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945–1961. Leipzig: Akademische Verlagsanstalt
- Münkel, Daniela (Hg.) (2011): Die DDR im Blick der Stasi 1961. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht
- Ohse, Marc-Dietrich (2003): Jugend nach dem Mauerbau. Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961–1974). Berlin: Christoph Links Verlag

- Preuß, Franziska (2007): Die Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Mauerbau 1961. Reaktionen und Auswirkungen, in: Uwe Hoßfeld/Tobias Kaiser/Heinz Messtrup (Hg.), Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945–1990). 2 Bände. S. 239–266. Köln: Böhlau Verlag
- Reimann, Brigitte (2004): Ich bedaure nichts. Tagebücher 1955–1963. Berlin: Aufbau-Verlag
- Schuster, Ulrike (1999): Mut zum eigenen Denken? DDR-Studenten und Freie Deutsche Jugend 1961–1965. Berlin: Metropol-Verlag.
- Tenorth, Heinz-Elmar (Hg.) (2012): Geschichte der Universität Unter den Linden. Band 3: Sozialistisches Experiment und Erneuerung der Demokratie – Die Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010. Berlin: Akademie Verlag.

die hochschule. journal für wissenschaft und bildung

Herausgegeben von Peer Pasternack
für das Institut für Hochschulforschung (HoF)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Redaktion: Daniel Hechler

Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg, Collegienstraße 62, D-06886 Wittenberg
<http://www.diehochschule.de>

Kontakt:

Redaktion: Tel. 03491/87 62 090, Fax: 03491/466 255;

eMail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

Vertrieb: Tel. 03491/466 254, Fax: 03491/466 255, eMail: institut@hof.uni-halle.de

ISSN 1618-9671, ISBN 978-3-937573-48-9

Die Zeitschrift „die hochschule“ versteht sich als Ort für Debatten aller Fragen der Hochschulforschung sowie angrenzender Themen aus der Wissenschafts- und Bildungsforschung. Als Beihefte der „hochschule“ erscheinen die „HoF-Handreichungen“, die sich dem Transfer hochschulforscherischen Wissens in die Praxis der Hochschulentwicklung widmen.

Artikelmanuskripte werden elektronisch per eMail-Attachment erbeten. Ihr Umfang soll 25.000 Zeichen nicht überschreiten. Für Rezensionen beträgt der Maximalumfang 7.500 Zeichen. Weitere Autoren- und Rezensionshinweise finden sich auf der Homepage der Zeitschrift: <http://www.diehochschule.de> >> Redaktion.

Das Institut für Hochschulforschung (HoF), 1996 gegründet, ist ein An-Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (www.hof.uni-halle.de). Es hat seinen Sitz in der Stiftung Leucorea Wittenberg und wird geleitet von Peer Pasternack.

Als Beilage zu „die hochschule“ erscheint der „HoF-Berichterstatter“ mit aktuellen Nachrichten aus dem Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg. Daneben publiziert das Institut die „HoF-Arbeitsberichte“ (http://www.hof.uni-halle.de/publikationen/hof_arbeitsberichte.htm) und die Schriftenreihe „Hochschulforschung Halle-Wittenberg“ bei der Akademischen Verlagsanstalt Leipzig. Ein quartalsweise erscheinender eMail-Newsletter kann abonniert werden unter <http://lists.uni-halle.de/mailman/listinfo/hofnews>.

Coverabbildung: Sieghard Liebe: Schöna, Dezember 1984 (Ausschnitt). Entnommen dem Bildband: Sieghard Liebe, AnSprüche eines DDR-Jahrzehnts. Fotografien im Widerspruch zum Lösungsalltag, Centaurus Verlag, Freiburg 2011 m. frdl. Genehm. d. Verlags

Ein Vierteljahrhundert später Zur politischen Geschichte der DDR-Wissenschaft

Daniel Hechler, Peer Pasternack:

Unerschöpftes Thema. Das DDR-Wissenschaftssystem post mortem6

Anita Krätzner-Ebert:

Der Mauerbau und die Universitäten der DDR 12

Elise Catrain:

Hochschule im Überwachungsstaat. Struktur und Aktivitäten des
Ministeriums für Staatssicherheit an der Karl-Marx-Universität
Leipzig (1968/69–1981)24

Johannes Keil:

Militär(finanzökonomie) an der Universität. Eine Überlebensstrategie
der Wirtschaftswissenschaften der DDR-Humboldt-Universität34

Thomas Klemm:

„Die ästhetische Bildung sozialistischer Persönlichkeiten“.
Institutionelle Verflechtungen der Kunstlehrausbildung
an den Hochschulen in der DDR48

Peer Pasternack:

Soziologie im Industrieviertel. Arbeitssoziologische Forschung an
der Universität Halle-Wittenberg 1963–198962

Ulrich Wobus:

Das Institut Gatersleben 1943–1990. Eine außeruniversitäre
Forschungseinrichtung zwischen Selbstbestimmung und
politischer Lenkung78

Marie Teitge, Ekkehardt Kumbier:
Medizinisches Publizieren als Politikum. Zur Entstehungsgeschichte
der Zeitschrift „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“
in der SBZ/DDR.....89

Krijn Thijs:
Die Dreiecksbeziehungen der Fachhistoriker. Überlegungen über
den Umbruch in der ostdeutschen Geschichtswissenschaft.....101

Daniel Hechler, Peer Pasternack:
»... nicht uninteressanter als andere Dinge auch«. Zeitgeschichte
der ostdeutschen Hochschulen aus der Sicht ihrer Akteure114

FORUM

Ulrich Müller, Lukas Bischof:
Über die Grenzen des traditionellen Hochschulverständnisses.
Plädoyer für einen „erweiterten Hochschulbegriff“ 132

Gangolf Braband:
Ein günstiges Zeitfenster. Die Gründung der Universität Luxemburg
und der Einfluss internationaler Entwicklungen im Hochschulbereich144

PUBLIKATIONEN

Rezension: Jürgen Kaube: Im Reformhaus.
Zur Krise des Bildungssystems (*Daniel Hechler*)157

Peer Pasternack, Daniel Hechler, Tim Hutschenreuter:
Bibliografie: Wissenschaft & Hochschulen
in Ostdeutschland seit 1945.....161

Autorinnen & Autoren.....185

Autorinnen & Autoren

Lukas Bischof, Dipl. Psych., Projektleiter bei der CHE Consult GmbH, Berlin.
eMail: lukas.bischof@che-consult.de.

Gangolf Braband, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Forschungseinheit „Identités. Politiques, Sociétés, Espaces“ (IPSE) an der Universität Luxemburg. eMail: gangolf.braband@uni.lu

Elise Catrain, Dr. phil., Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin. eMail: Elise.Catrain@bstu.bund.de

Daniel Hechler M.A., Forschungsreferent am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

Tim Hutschenreuter M.A., Soziologe, Forschungsreferent am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: tim.hutschenreuter@hof.uni-halle.de

Anita Krätzner-Ebert, Dr. phil., Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Bildung und Forschung“ des BStU. eMail: anita.kraetzner-ebert@bstu.bund.de

Johannes Keil, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: johannes.keil@hof.uni-halle.de

Thomas Klemm, Dr. phil., freiberuflicher Kunstwissenschaftler und Ausstellungsmacher in Leipzig. eMail: post@thomasklemm.com

Ekkehardt Kumbier, PD Dr. med. habil., Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Universitätsmedizin Rostock. eMail: ekkehardt.kumbier@uni-rostock.de

Ulrich Müller M.A., Erziehungswissenschaftler, Leiter politische Analysen im Centrum für Hochschulentwicklung, Gütersloh. eMail: ulrich.mueller@che.de.

Peer Pasternack, Prof. Dr., Direktor des Instituts für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de; <http://www.peer-pasternack.de>

Marie Teitge, Dr. med., Universitätsmedizin Rostock. eMail: marie_teitge@web.de

Krijn Thijs, Dr. phil., Historiker, Duitsland Instituut Amsterdam, Universiteit van Amsterdam, Leibniz Summer Fellow 2015 am Zentrum für Zeithistorische Forschungen Potsdam. eMail: k.thijs@uva.nl

Ulrich Wobus, Prof. Dr. rer. nat. habil., 1992–2007 Geschäftsführender Direktor des Leibniz-Instituts für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung Gatersleben. eMail: ulrich.wobus@googlemail.com